

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Bundesbahn - Kartellamtsbericht - EG-Stahlmarkt - Getreideabkommen - Weiterentwicklungsbericht

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1983) : Kurz kommentiert: Bundesbahn - Kartellamtsbericht - EG-Stahlmarkt - Getreideabkommen - Weiterentwicklungsbericht, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 63, Iss. 8, pp. 369-370

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135825>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Bundesbahn

Verschuldungsgrenze in Sicht

Eine auf Anforderung von Verkehrsminister Dollinger vom Bahn-Vorstand vorgelegte Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Situation der Bundesbahn kommt zu einem düsteren Ergebnis: Während sich die Ausgleichszahlungen aus dem Bundeshaushalt zwischen 1970 und 1982 von 3,5 Mrd. DM auf 13,3 Mrd. DM fast vervierfachen, stieg der Jahresfehlbetrag im gleichen Zeitraum dennoch von 1,3 Mrd. DM auf gut 4 Mrd. DM. In etwa fünf Jahren werden die Schulden der Bahn mit 60 Mrd. DM die Summe der gesamten Aktiva und damit die im Bundesbahngesetz festgelegte Haftungsgrenze des Bundes überschritten haben. Für jedes Privatunternehmen wäre das der Konkursfall – für den Eigentümer Bund ergibt sich indes die unangenehme Konsequenz, daß die Bahndefizite nicht mehr wie bisher am Bundeshaushalt vorbei finanziert werden können.

Die Finanzen der Bahn werden also stärker als bisher in die Zwänge der Finanzpolitik einbezogen werden, und damit lassen sich Sanierungspläne nicht mehr so leicht wie bisher beiseiteschieben. Das Leistungsangebot der Bundesbahn und ihre Finanzierung werden sich bei gegebener Staatsquote einer vorbehaltlosen Aufgabenkritik unterziehen müssen, nicht nur innerhalb des Verkehrssektors, sondern auch im Vergleich zu anderen staatlichen Aufgaben. Alle Konzepte und Szenarien zur Sanierung der Bahn können nur die Wiederherstellung ihrer Wettbewerbsfähigkeit zum Ziel haben. Wenn diese jedoch mit marktinkonformen Mitteln, z. B. durch stärkere Monopolisierung, auch Flankenschutz genannt, angestrebt wird, so lassen sich negative Auswirkungen nicht ausschließen. Die marktwirtschaftliche Lösung hingegen wäre, die Bahn von ihren gemeinwirtschaftlichen Aufgaben zu entlasten und das Schienennetz der Nachfrage anzupassen. sch

Kartellamtsbericht

Weniger Unternehmenszusammenschlüsse

In die zweijährige Berichtsperiode des Bundeskartellamts fielen diesmal keine relevanten Gesetzesänderungen, und die spektakulären Streitfragen in der Gesetzesauslegung bezogen sich vor allem auf die reinen Auslandszusammenschlüsse, wobei hier allerdings nicht im engeren Sinn kartellrechtliche, sondern völkerrechtliche Fragen im Vordergrund stehen. Von besonderem Interesse ist bei diesem Kartellamtsbericht – ne-

ben der Tätigkeit des Amtes selbst – die Tatsache, daß die Zahl der angezeigten Unternehmenszusammenschlüsse seit der Einführung der Fusionskontrolle zum ersten Male nicht mehr angestiegen, sondern sogar gesunken ist.

Damit weist – neben den Konzentrationskoeffizienten, wie sie die Monopolkommission berechnet – ein weiterer Indikator auf eine Stagnation in der Konzentrationsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland hin. Sicherlich, ganz unabhängig von ihrer Zahl wirkt jede Fusion – für sich genommen – konzentrativ; wenn aber die Dekonzentrationsvorgänge in der Wirtschaft nicht an Bedeutung verlieren, folgt aus einer Abnahme der Fusionshäufigkeit auch zumindest eine Verringerung der Zunahme der Konzentration. Und andere als die von der Monopolkommission verwandten Maße deuten heute nicht nur auf eine Stagnation, sondern sogar auf einen Rückgang der Konzentration in der Wirtschaft hin.

Das externe Unternehmenswachstum durch Fusionen ist jedenfalls vorerst etwas gebremst, und die immer wieder festgestellte größere Flexibilität der kleinen und mittleren Unternehmen scheint sich auch in der derzeitigen Strukturkrise zu bewähren. Der Präsident des Amtes jedenfalls verhielt letzteren ein „goldenes Jahrzehnt“.

kra

EG-Stahlmarkt

Verlängerung des Krisenkartells

Das seit 1980 bestehende System obligatorischer Produktionsquoten in der EG-Stahlindustrie wurde erneut, diesmal bis zum 31. 1. 1984, verlängert. Die von der EG-Kommission angestrebte Laufzeit bis Ende 1985 scheiterte erst einmal wegen der Regierungsneubildung in Italien. Nach einem erneuten Quotenpoker dürfte die Verlängerung aber im nächsten Jahr durchgehen und das europäische Produktions- und Preiskartell weiterbestehen. Die europäische Stahlmarktregelung, ursprünglich als kurzfristiger, einmaliger Eingriff gedacht, verdeutlicht einmal mehr, daß dirigistischen Eingriffen die Tendenz innewohnt, Maßnahmen von Dauer zu werden.

Die Bundesrepublik hat nach anfänglichem Widerstand den ordnungspolitischen Sündenfall mitgetragen. Maßgeblich dafür war nicht zuletzt die Verschärfung des Stahlbeihilfekodex der EG, der vorsieht, daß ab 1986 keine nationalen Subventionen mehr gezahlt werden dürfen. Die Subventionitis der Nachbarn hat die in Europa am effizientesten arbeitende deutsche Stahlwirt-

schaft stark beeinträchtigt und letztlich dazu geführt, daß auch sie nicht mehr ohne Beihilfen auskommt. Wettbewerbsverfälschend haben die Subventionen zu den drückenden europäischen Überkapazitäten geführt, die nun „amtlich verordnet“ bis Ende 1985 stark abgebaut werden müssen.

Man muß allerdings schon die rosarote Brille aufsetzen, um an eine erfolgreiche Durchführung von Umstrukturierung und Subventionsverzicht zu glauben. Aus „übergeordneten“ europäischen Gründen wird man weiter mit marktinkonformen Maßnahmen rasch bei der Hand sein – auf Kosten der Steuerzahler und zu Lasten der Verbraucher. kr

Getreideabkommen Doppelte Moral

Ist Getreide ein strategisches Gut oder nicht? Im engeren Sinne zunächst sicherlich nicht. Auch für die amerikanische Regierung, die sich von den US-Farmern gedrängt und mit einem Getreideüberschuß von mittlerweile 150 Mill. t belastet fühlt, ist Getreide offenbar kein strategisches Gut. Zumindest liegt dieser Schluß nahe, wenn man ihre offenkundige Befriedigung darüber sieht, daß es schließlich doch geglückt ist, die Sowjetunion für fünf Jahre wieder zu höheren Getreidekäufen zu verpflichten. Zwar ist die jährlich vereinbarte Menge weit von den gewünschten 23 Mill. t entfernt, die der UdSSR im letzten Jahr ohne Erfolg angeboten wurden, jedoch liegen die 9 bis 12 Mill. t pro Jahr (9 Mill. t als feste Abnahmeverpflichtung und weitere 3 Mill. t zur freien Disposition der Sowjetunion) um immerhin 50 % über den Vertragsmengen des Ende 1983 auslaufenden Abkommens.

Etlichen westeuropäischen Politikern dürfte es dagegen schwerfallen, die Frage, ob Getreide ein strategisches Gut sei, vorbehaltlos zu verneinen. Vor allem angesichts der amerikanischen Bemühungen, immer mehr technische Produkte – selbst Röhren für die sowjetische Erdgasleitung – zu strategischen Gütern zu erklären und damit den Cocom-Vorschriften zu unterstellen, drängt sich der Gedanke auf, daß die Rote Armee schließlich nicht nur hochwertige Technologie, sondern auch Getreide braucht.

Eine gewisse Verärgerung der westeuropäischen Regierungen über diese Art doppelter Moral der US-Regierung ist verständlich. Während der europäische Handel mit der Sowjetunion aus strategischen Gründen beschnitten werden soll, möchten die USA auf Exportein-

nahmen in Höhe von rd. 2 Mrd. \$ jährlich nicht verzichten. Dabei kann es für die Europäer allenfalls ein schwacher Trost sein, daß das Zustandekommen des Getreideabkommens in der gegenwärtigen Phase verschärfter Ost-West-Spannungen möglicherweise als ein Schritt in Richtung auf eine Normalisierung gewertet werden kann. pp

Weltentwicklungsbericht Priorität für ökonomisches Management

Dem optimistischen Ausblick des Internationalen Währungsfonds auf das Jahr 1984 vermag die Weltbank offenkundig nicht zuzustimmen. In dem jüngst veröffentlichten Weltentwicklungsbericht zeichnen die Ökonomen der Bank ein düsteres Bild für die weitere Entwicklung in den Ländern der Dritten Welt. Besonders pessimistisch schätzen sie die Lage der ohnehin schon äußerst rückständigen ärmsten Entwicklungsländer ein.

Der Weltentwicklungsbericht hält zur Lösung der Krise vor allem ein besseres ökonomisches Management in den Entwicklungsländern für notwendig. Dies soll die Produktivität des eingesetzten Kapitals erhöhen und die Anziehungskraft für Risikokapital verbessern. Vorrang müssen die Steuerung des Wirtschaftsprozesses über die Preise, die Liberalisierung des Handels sowie die Verbesserung der Effizienz von Planung, Finanzmanagement und Projektführung erhalten. Die Weltbank erklärt in ihrem Weltentwicklungsbericht, daß dies auch mit Hilfe von außen herbeigeführt werden kann. Die Bank selbst bietet ihre guten Dienste an; sie ist bereit, ihre Erfahrungen aus dreißigjähriger Zusammenarbeit den Entwicklungsländern zur Verfügung zu stellen.

Bemerkenswert ist dieser Vorschlag insofern, weil er in einem völligen Gegensatz zu den jüngst erhobenen Forderungen der Nord-Süd-Kommission an die Weltbank steht. Das Votum für ökonomisches Management kann auch als eine Reaktion auf alle Forderungen verstanden werden, die die UNCTAD und viele Entwicklungsländer – allerdings ohne Erfolg – bei der sechsten Welthandelskonferenz vorgebracht haben. Vielmehr warnt die Weltbank davor, den Kapitalmangel weiterhin als Ursache der Unterentwicklung und Engpaßfaktor Nr. 1 in den Entwicklungsländern herauszustellen. Angesichts der Bedeutung dieser Organisation für die Entwicklungsfinanzierung ist die Devise „besseres ökonomisches Management“ ein unüberhörbarer Aufruf an die Entwicklungsländer zu mehr Eigeninitiative. mk